

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/129

Der Mann, der seine Pflicht erfüllt

Zum 70. Geburtstag des SPD-Fraktionsvorsitzenden
Herbert Wehner

Seite 1 und 2 / 49 Zeilen

Ein Großauftrag zur rechten Zeit

Zum deutsch-iranischen Kernkraftwerk-Abkommen

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für Energie und For-
schung des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 63 Zeilen

Mit der Union baden gehen

Oder: Was nach Ansicht der CDU dem Normalbürger zusteht

Von Karl Liedtke MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender
des Arbeitskreises Inneres

Seite 5 / 47 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Gehheimakte Dr. Franz Heubl (II)

Seite 6 bis 8 / 143 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

5300 Bonn 12, Heuserallee 2-10
Postfach: 120 403
Presserhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 06 88 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Der Mann, der seine Pflicht erfüllt

Zum 70. Geburtstag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner

Herbert Wehner, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, wird am 21. Juli 70 Jahre. Er hat in den Jahrzehnten der Existenz dieser Bundesrepublik, Seite an Seite mit Dr. Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Willy Brandt, rastlos für eine große Aufgabe gekämpft, die er selbst einmal so beschrieben hat: "Die Sozialdemokratie verfiicht eine Ordnung, die entwickelt werden muß aus dem Bestehen und durch Überleitung des Bestehenden in bessere, zweckmäßigere, den Menschen in ihrem Zusammenleben besser dienende Formen."

In dieser Aussage weiß sich die gesamte SPD voll mit Herbert Wehner einig und ebenso in seiner Feststellung, daß das Godesberger Programm, an dessen Erarbeitung er entscheidend mitgewirkt hat, das erste Programm der Sozialdemokraten in ihrer Geschichte ist, das die SPD nicht als einen Vollstrecker geschichtlicher und ökonomischer Zwangsläufigkeiten und Gesetzmäßigkeiten sieht, sondern als eine politische Willensgemeinschaft, die auf Werten aufbaut und sich zu bestimmten politischen Zielen zusammengeschlossen hat.

Diese allgemein bekannten Ziele, die bei Anerkennung der unterschiedlichen Motive derer, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, solidarisch verfolgt werden, ist der Auftrag der SPD. Dies ist auch der Rahmen, in dem der Kanzler, der Parteivorsitzende und der Fraktionsvorsitzende, jeder an seiner Stelle und in seiner Verantwortung, eng und entschlossen zusammenarbeiten: in dem gemeinsamen Willen, die SPD in der Regierungsführung zu

halten und zu stärken, weil ihrer realen Überzeugung nach nur in dieser Regierungskonstellation das Wohl und der Fortschritt des Staates und seiner Bürger gesichert und behütet sein können. Und weil es nur in dieser Regierungskonstellation möglich sein kann, die Bundesrepublik als Teil der europäischen Gemeinschaft und des westlichen Bündnisses zu befähigen, weiter als stabilisierende und motorische Kraft zugleich für die Verbesserung der ökonomischen Kooperation, die Fortführung der Entspannung und die Festigung des Friedens wirken zu können.

Die ganze SPD hat zu diesem 11. Juli ihrem Genossen Herbert Wehner dank zu sagen für die unermüdliche Arbeit im Interesse der Menschen dieses deutschen Staates und im Interesse des Staates selbst. Dieser Herbert Wehner, von dem auch im 70. Lebensjahr viel schöpferische Initiative und impulsive Kraft ausgehen, ist kein bequemer Weg- und Kampfgenosse, aber sein Fordern und Drängen sind stützende, absichernde und vorwärtsweisende Impulse, deren man nicht entbehren kann. Eine lange Strecke der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist mit dem Namen und dem Wirken Herbert Wehners verbunden, der, trotz aller sachlichen und distanzierteren Kühle voller Leidenschaften, seine Zeitgenossen zu innerlich bewegten Stellungnahmen zwingt und schon damit allein dafür sorgt, daß der Politik nicht der Antriebsstachel zur demokratischen Auseinandersetzung um den besseren Weg fehlt.

Herbert Wehner kehrt nach dem 3. Oktober in den Bundestag zurück, um weiter so zu wirken, wie er es selbst beschrieben hat: "... und mich nicht zu schonen, wenn es sich darum handelt, mit der ganzen Person so einzutreten, daß die Dinge, die alle angehen, in Ordnung gebracht und in Ordnung gehalten werden, als hinge das vorwiegend davon ab, daß man seine eigene persönliche Pflicht erfüllt."

Erhardt Eckert
(-/9.7.1976/ka/ee)

+ + +

Ein Großauftrag zur rechten Zeit

Zum deutsch-iranischen Kernkraftwerk-Abkommen

Von Gerhard Flämig MdS

Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für
Energie und Forschung des Europäischen Parlaments

Allen Unkenrufen zum Trotz ist der Kernkraftwerks-Großauftrag des Iran an die Deutsche Kraftwerksunion nun doch zustande gekommen. Sicherlich ist diese Nachricht nicht nur in den Direktionsetagen und Fabrikationsbetrieben dieser Siemens-AEG-Fochter, sondern auch bei den rund 350 Zuliefer-Betrieben mit Erleichterung aufgenommen worden. Sichert doch der Bau eines einzigen 1300 MW-Kernkraftwerks nach jüngsten Berechnungen rund 6 500 Arbeitsplätze für die Zeit von etwa sechs Jahren!

Kein Wunder also, daß zwischen Mülheim/Ruhr, Frankfurt und Erlangen Tausenden von Arbeitnehmern der Schreck in die Glieder gefahren war, als vor etwa zwei Monaten bekannt wurde, daß Südafrika aus überwiegend politischen Gründen seine Kernkraftwerke nicht, wie erwartet, in der Bundesrepublik, sondern in Frankreich bestellt hatte. Während in anderen Sparten der Wirtschaft die Konjunktur von Woche zu Woche mehr in Schwung kam, schien in vielen Betrieben der Kraftwerksindustrie einschließlich der Brennelemente-Hersteller plötzlich das Gespenst der Kurzarbeit umzugehen.

Für all diese Betroffenen und ihre Gewerkschaften dürfte nun die Nachricht aus Teheran wie der langersehnte Regen auf das ausgetrocknete Land wirken. Zu schwach war die Hoffnung auf ein paar Zulieferungsaufträge gewesen, weil der Südafrika-Auftragnehmer Frankreich nur über einen einzigen potenten Kernkraftwerks-Hersteller verfügt, von dem es in Fachkreisen noch dazu heißt, daß er auf ausländische Zulieferer angewiesen sei, wenn er die Großkraftwerke einschließlich der benötigten Infrastruktur fristgerecht nach Südafrika liefern wolle. Die deutsche KWU und ihre ebenfalls deutsche Konkurrenz GBR - ein Zusammenschluß von Brown-Boveri (BBC) und Babcock-Wilcox - sind heute kapazitätsmäßig in der Lage, jedes Jahr acht Kernkraftwerke herzustellen. Nachdem zur Zeit jährlich höchstens zwei solche Großanlagen auf dem Inlandsmarkt bestellt

werden - bis Ende Juni 1976 war überhaupt kein neuer Inlandsauftrag eingegangen -, sind die beiden deutschen Kernkraftwerks-Hersteller dringend auf den Export angewiesen. Der Iran-Auftrag und der Brasilien-Auftrag vom vergangenen Herbst kamen ihnen also wie gerufen.

Vielleicht wird der eine oder andere den Kopf schütteln und sich fragen, ob es sinnvoll sei, eine derartige Exportabhängigkeit zu schaffen? Nun, dazu wäre festzustellen, daß die Pläne der Kernkraftwerks-Hersteller ursprünglich anders aussahen. Auf Grund des Energieprogramms der Bundesregierung sollten bis 1985 insgesamt 45 000 Megawatt elektrische Leistung in Kernkraftwerken hergestellt werden. Auf diesen Bedarf wurden Forschung, Entwicklung und Produktion ausgelegt. Es ist nicht Schuld der Kraftwerks-Hersteller, daß eine weltweite Rezession mit zunächst sinkenden Strombedarfs-Kurven solche Pläne über den Haufen warf. Es ist auch nicht deren Schuld, daß die Genehmigungsbehörden - von Umweltschützern hart in die Mangel genommen - immer neue technische Auflagen ersannen, wodurch sich die Genehmigungsverfahren über Jahre hinzogen.

Im Interesse des Endverbrauchers liegen solche Verzögerungen gewiß nicht. Verzögerte Genehmigungsverfahren bedeuten längere Bauzeiten und damit Mehrkosten, die laut Berechnungen angesahener Fachleute pro Anlage und Monate zwischen 6,5 und 12,5 Millionen DM liegen sollen!

Die Hoffnungen der Kernkraftwerks-Hersteller und der Elektrizitätsversorgungs-Unternehmen, daß durch Standardisierung wichtiger Bauteile von Kernkraftwerken eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und damit eine Verbilligung der Produktionskosten einhergehen würde, haben sich zerachlagen. Der Bundesinnenminister ist nicht bereit, Standard-Typen von Kernkraftwerken zu genehmigen. Er drängt darauf, daß jedes neue Kernkraftwerk in bezug auf seine Strahlensicherheit und seine Sicherung gegen Unfälle und Überfälle jeweils dem allerneuesten Stand der Technik entspricht. Wer wollte den Politikern diese strengen Maßstäbe verübeln angesichts des Popularitätserfolge der Kernkraftwerksgegner?

So bleibt tatsächlich bis auf weiteres der Export als Hauptstütze der Produktion und Absicherung der Arbeitsplätze. Wer das weiß, der wird sich mit den Kaufleuten, Ingenieuren, Fach- und Hilfsarbeitern der KWU und ihren Zulieferern, darunter viele Klein- und Mittelbetriebe, über die Nachricht aus dem Iran freuen. Der Großauftrag kam zur rechten Zeit
(-/9.7.1976/mie/e/pr)

+ + +

Mit der Union baden gehen

Oder: Was nach Ansicht der CDU dem Normalbürger zusteht

Von Karl Liedtke MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender
des Arbeitskreises Inneres

Wer in diesem Sommer ein Schwimmbad besuchen kann, muß sich nach Auffassung der CDU/CSU fragen, ob er diesen Luxus überhaupt verdient. Denn er zahlt keinen kostendeckenden Preis. Das Eintrittsgeld beträgt vielleicht 1,50 DM, während der kostendeckende Preis wesentlich höher ist, nämlich bei sechs DM liegt. Die Differenz wird heute durch Steuergelder abgedeckt, um allen Bürgern - vor allem kinderreichen Familien - den Besuch von Schwimmbädern zu ermöglichen.

Die einflußreiche CDU-Staatssekretärin in der rheinland-pfälzischen Regierung des Unions-Kanzlerkandidaten Dr. Helmut Kohl, Dr. Hanna-Renate Laurin, will solche Sozialerife bei kommunalen Einrichtungen abschaffen. Vor dem Deutschen Landkreistag lieferte sie vor kurzem auch die Begründung: "Was halten wir davon, daß der Besuch eines Hallenbades die Gemeinde heute durchschnittlich sechs DM kostet, sie aber nur 1,50 DM an Eintrittsgeld kassiert und den Rest als 'Oaseinavorsorge' verbucht? Damit wird nicht mehr Lebensqualität vermittelt, sondern im Grunde Anspruchsinflation gefördert, die mehr haben möchte, ohne mehr sein zu wollen, damit wird eine Konsummentalität gezüchtet, die kaum Bereitschaft zur Mitgestaltung entwickelt. Warum nicht angesichts eines allgemein hohen Lebensstandards die kostendeckende Eintrittskarte abverlangen...?"

Die Übertragung dieser Gedanken auf andere kommunale Einrichtungen hätte zur Folge, daß z.B. bei den Verkehrsbetrieben der Preis für Zeitfahrkarten um durchschnittlich 50 vH und für Schülerfahrkarten um durchschnittlich 70 vH angehoben werden müßte. Eine Theaterkarte würde zwischen 60 und 80 DM oder noch mehr kosten. Die Staatssekretärin des Dr. Kohl fordert damit unumwunden den Abbau unseres Sozialstaates. Für die Mehrheit der Bevölkerung soll zum unerschwinglichen Luxus werden, was nur für eine kleine Schicht von Privilegierten täglicher Konsum bliebe. Konsummentalität wird nicht etwa dem privaten Schwimmbadbesitzer vorgeworfen, nicht dem, der im öffentlichen Schwimmbad mühelos jeden Preis zahlen könnte, sondern z.B. der vierköpfigen Familie, für die ein "kostendeckender" Eintrittspreis von 24 DM kaum verkraftbar wäre.

Die CDU-Staatssekretärin offenbarte keineswegs nur eine private Meinung. Auf gleicher Ebene liegen zahlreiche Äußerungen von maßgeblichen CDU/CSU-Politikern zur "Privatisierung" öffentlicher Leistungen. Wer wie die Unions-Parteien die wahren Absichten hinter tönenden Programmen und Lippenbekenntnissen zur "Sozialstaatsgarantie" versteckt, setzt sich dem Verdacht der Täuschung aus. Dr. Heiner Geißler, Sozialminister in der Mainzer Kohl-Regierung, leistet dabei auf seine Weise einen Beitrag. Scheinheilig versucht er eine angebliche weitverbreitete Armut der Bürger unseres Landes zu dokumentieren, während die Staatssekretärin derselben Regierung von einem "allgemeinen hohen Lebensstandard" spricht und eben diese Bürger zur Kasse bitter will. Dr. Helmut Kohl schweigt weiter. Er bleibt aufgefordert, endlich zu sagen, welche staatlichen Leistungen abgebaut werden sollen, welche Bürger betroffen werden, und wessen Interessen CDU/CSU dabei vertreten. Denn es wird immer klarer: Die Union will unseren Sozialstaat erst zerreden und dann demontieren. Diese Absichten und Pläne werden die Sozialdemokraten durchkreuzen. Der Bürger weiß längst: Soziale Gerechtigkeit ist ohne öffentliche Leistungen nicht zu verwirklichen.

(-/9.7.1976/va/pr)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Geheimakte Dr. Franz Heubl (II)

11. H.'s Beamte stöhnen darüber, daß H. stinkfaul sei, von ihnen aber in kürzester Zeit Redeentwürfe oder Materialsammlungen verlange, die er dann an die Landtagsfraktion weiterleite. Von den Redeentwürfen für den 60. Geburtstag von F.J. Strauß (Brunnenhof) habe er erst die achte Fassung akzeptiert. Seine Arbeitswoche betrage acht Stunden. Der dienstliche Apparat arbeite zu 80 vH für H. persönlich und seine Familie; zu 20 vH für die Erfüllung amtlicher Aufgaben, zu 0 vH für die Partei.

Es sei bekannt, daß H. sich schlankweg weigere, in Bierzelten zu sprechen. Dies sei für ihn unzumutbar; dies soll Strauß machen. H. bedürfe während des Tages einer mehrstündigen Ruhe, z.B. eines langen Nachmittagschlafes, für den er in Decken gehüllt werden müsse.

12. Es ist bezeichnend, daß Barzel bei einem Gespräch mit F.J. Strauß sich eingehend danach erkundigte, ob die CSU nicht H. als Minister benennen wolle und sichtlich enttäuscht war, als diese Frage verneint wurde. In CDU-Kreisen wird davon gesprochen, daß man H. gut als Haupt des Widerstandes gegen F.J. Strauß verwenden könne und daß ihm deswegen auch Zusagen für den Fall seiner Kandidatur für den Bundestag gegeben worden seien. In diesem Sinne wird auch H. seit vielen Jahren von publizistischen Organen, die in ausgesprochener Gegnerschaft zur CSU stehen, als geborener Widersacher und potentieller Nachfolger von Strauß zum Teil hoffnungsvoll, zum Teil ironisch hervorgehoben.

13. Nach sehr zuverlässigen Informationen äußert H. zu vorgerückter Stunde im Bierkeller der Bayerischen Vertretung - auch gegenüber Besuchern aus den Reihen der SPD -, Strauß sei innerhalb der CSU ein toter Mann, mit dem man nicht mehr zu rechnen habe. Er habe nur noch einen gewissen Zulauf in Bierzelten und Bierkellern. Im Übrigen aber müsse man ihn abschreiben.

14. Bezeichnend ist, daß H. gegenüber Vertretern seines Wahlkreises erklärte, er sei von Strauß zur Bundestagskandidatur gedrängt worden. Dies ist absolut un wahr. H., der angeblich stets für die Belange der Frauen und der Jungen Union eintritt, hätte durch seine Kandidatur auf einem der fünf vorderen Listenplätze entweder den Vertreter der Jungen Union oder der Frauen aus dieser Placierung verdrängt. Außerdem übte H. massiven Einfluß aus, man möge ihn an Stelle von Stücklen oder Dollinger auf Platz 2 oder 3 der Landesliste setzen. StM Hillermeier erklärte H. ausdrücklich, daß er dem nicht zustimmen könne. Bei der Wahl für die Plätze 2 und 3 der Landesliste kam es zu jeweils 22 ungültigen Stimmen, weil die Stimmzettel den Namen H. trugen, der jedoch hierfür nicht vorgeschlagen war.

15. Nach dem von H. in Frankenheim verursachten Verkehrsunfall wollte die Staatsanwaltschaft ihn wegen Unfallflucht, Beamtenbeleidigung, Nötigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt anklagen. H. verdankt es glücklichen Umständen, insbesondere auch einer schonungsvollen Behandlung durch die

Presse - fast jeder andere wäre bei gleichem Sachverhalt in der Luft zer-
rissen worden -, daß es zu diesem glimpflichen Ausgang kam.

16. H. wurde am 11.4.1970 auf Vorschlag des Parteivorsitzenden Strauß
zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Das Interview, das H.
am 13.4.1970, also genau zwei Tage später gibt, kann man nicht nur nicht
als Unterstützung des Parteivorsitzenden, sondern eher als einen Akt des
In-den-Rücken-Fallens betrachten. Er führt dort u.a. wörtlich aus: "Kann
die CSU mit den Leuten von heute - und zwar ausschließlich mit ihnen - die
Rolle von morgen spielen? Beim personellen Problem bleibt der Minister zu-
rückhaltend. Bündig formuliert er nur: 'Für ein autoritäres Establishment
ist innerhalb der Union kein Platz mehr' ".(Text des Interviews siehe An-
lage)

Der Chefredakteur des "Münchener Stadtanzeiger", der sich Ende 1971
mehrere Tage in Bonn aufgehalten hat, faßt seinen Eindruck von den Gesprä-
chen in der Bayerischen Vertretung gegenüber mehreren Gesprächspartnern
dahingehend zusammen, daß H. alles tue, um den Parteivorsitzenden abzu-
halftern und sich selbst an seine Stelle zu setzen. Mit dieser Strategie
wolle er sowohl den Landesvorsitz als auch den Posten des Ministerpräsi-
den in Bayern erreichen.

17. Die Bonner sowie die Kölnische Rundschau berichten unter dem
25. Juni 1971 (siehe Anlage), daß sich zwischen der Jungen Arbeitnehme-
schaft der CDU und führenden CSU-Politikern eine Koalition in der Frage der
Abgrenzung nach rechts anbahne. Dies sei auf Grund eines Gesprächs in der
Bayerischen Vertretung in Bonn offenkundig geworden, an dem u.a. der Haupt-
geschäftsführer der Sozialausschüsse, Dr. Norbert Blüm, und der Stellver-
tretende CSU-Vorsitzende, Dr. Franz Heubl, teilgenommen haben. H. dementier-
te diese Meldung gleich und bezeichnete sie als völlig aus der Luft gegrif-
fen. Dies fand seinen Niederschlag in einem Brief vom 25. Juni 1971 sowie
in einer Verlautbarung der "Kölnischen Rundschau" vom 30. Juni 1971 (siehe
Anlage).

18. Ebenso wie bei dem Artikel im "Münchener Merkur" (siehe Anlage zu
16.) ergibt sich auch aus anderen Vorfällen unverkennbar die Tendenz, Dinge
an die Öffentlichkeit zu lancieren und dann, wenn sie gedruckt sind, mit den
sich bietenden Ausreden wieder abzustreiten. Die als Anlage beigefügten
Mitteilungen von namentlich bekannten Informanten unterstreichen dies.

Von einem Informanten

26. Januar 1972

A k t e n n o t i z

Herr Heubl hat vor zwei Jahren schon Kontakte mit einem jungen Redak-
teur im Münchener Merkur namens Schütze-Quest geknüpft. H. hat damals
schon, hinter dem Rücken der Chefredaktion, diesen unbedarften jungen Mann,
der sich in der Redaktion prahlerisch dieser Gunst rühmte, ein Interview
gegeben, man muß schon sagen, lanciert. In diesem Interview schon waren die
ersten spürbaren Versuche von H. zu erkennen, sich ein publizistisches Fun-
dament gegen eine bekannte Position und Persönlichkeit zu schaffen - Ver-
suche, die sich inzwischen verstärkt und auf die Massenmedien insbesondere
ausgedehnt haben.

Die damalige Chefredaktion des MM eliminierte die gravierendsten, gegen
den Landesvorsitzenden gerichteten und als progressives Pulver für die Ju-

gend zu verstehenden Pausagen. Worauf der Redakteur sich bei H. beschwerte, H. darauf sich wiederum an ein Mitglied der Chefredaktion wandte, diesem gegenüber aber versicherte, er kenne den Redakteur gar nicht, so sei alles überhaupt nicht gemeint gewesen, selbstverständlich sei er loyal, der junge Mann habe ihn falsch verstanden.

Es ist unverkennbar: Dinge in der Öffentlichkeit zu lancieren, um sie dann abzustreiten, wenn sie gedruckt sind; der Ausreden gibt es viele. In diese subversive Tätigkeitsrichtung gehören Schmidts Äußerungen unter Berufung auf Heubl (von denen uns Müller berichtet hat), Strauß sei in der Partei "ein toter Mann". Dazu gehört nach den Berichten eines Bonner Gewährmannes die Bonner (ein Wort unleserlich/d.Red.) von H., die sich in Bemerkungen und Sottisen gegen den Landesvorsitzenden richtet. (Der Gewährmann ist dies zu belegen jederzeit bereit). Dazuhin sind dem Verfasser dieser Zeilen von mehreren gesellschaftlichen Anlässen her abfällige Bemerkungen über die Person des Landesvorsitzenden im Ohr; doch diese Bemerkungen waren eher gering, wenn man sich vor Augen führt, wie sehr H. in wachsendem Maße während der letzten Monate - sich auf allen Gebieten der Publizistik eine Hausmacht aufzubauen versucht, deren Angriffsziel nicht näher erläutert zu werden braucht.

Es wird sicher bekannt sein, daß H.'s Pressereferent, (schlecht leserlich, wohl: der Nannen-Freund Arno Werner/d.Red.) hier seine Fäden spielen läßt. Die ganzen Fernsehaufzeichnungen und deren Aufbereitung durch die Televisions-Manager, dicht (einige Wörter unleserlich/d.Red.) offenkundig ergebnen Journalisten à la Spiegel von ... der Informant nicht kennt, der aber nach Auskünften sehr ergebnen scheint, sind, zumindest in der Vorbereitung von Werner ... worden. Dabei erfreut sich H. offenkundig wachsenden Wohlwollens bei den Medien-Zirkeln deshalb, weil er unter kaum mehr vorgehaltener Hand - siehe Ausführungen Spiegels in der Welt über ihn, H., die "bayerische Eigenart" betreffend - sich als persönlicher Gegner des Landesvorsitzenden zu erkennen gibt, um damit Wohlwollen in Redaktionsstuben und gewissen Parteikreisen zu erringen. Doch auch hier, wenn der Ärger erst einmal entstanden ist, Rückkehr zu bekannter Methode ... Falschverstandenseins. Münchner PR berichtet dem bereits in diesem Sinne.

Es ist unverkennbar: H. will sich mit dieser billigen Methode 'als Senkrechtstarter' publizistisch und damit auch innerparteilich aufbauen. Daß ihm das schon gelungen ist, zeigt das Lob für H. in der Sendung '... fragen - Moderatoren antworten' am Jahresende 1971, wo, auf seine Fragen hin, von Gastorf und Merseburger belehren lassen mußte, daß H. beiden ausdrücklich, gelegentlich für deren Objektivität und Zuverlässigkeit gedankt habe.

..... auf diese Weise H.'s Taktik, seine auch im Weltporträt Formel, endlich der mittleren Generation zum Durchbruch verhelfen zu wollen, dann ist nichts anderes aus solcher Strategie zu entnehmen als H.'s Bereitschaft zum Generalangriff mit Hilfe der Medien-Beeinflussung. Dazu kommt, neben dem Gebrauch der Fernsehkontakte, daß H. sich Gunst - durch Negativhaltung gegenüber dem Landesvorsitzenden - auch im Raum der bayerischen Presse Anhänger zu schaffen versteht. Hier ist seine Presse-Beeinflussung von besonderer Bedeutung. Sein, wie eingangs geschildert, vor zwei Jahren schon erfolgter Versuch, auf junge Redakteure durch verdeckte Anti-Strauß-Parolen einzuwirken und damit die in unserem Blatt seit eh und je latent existierenden Aversionen gegen den Landesvorsitzenden für sich auszubeuten, hat inzwischen im Pressehaus Bayerstraße (und nicht nur in der TZ!) Früchte getragen.

(~/9.7.1976/vp/pr)

(2. Fortsetzung am 12. Juli 1976)